

3 Handlungsperspektiven zur Umsetzung und Weiterentwicklung

Unser Konzept heißt: Mehr Verbindlichkeit und bessere Kooperation. Wir müssen die Isolierung, fachliche Trennung und auch Doppelung vieler Einzelmaßnahmen überwinden, an einem Strang ziehen und zu einem übergreifenden Mechanismus von Zielsetzung und Zielerreichung gelangen. Der hier vorgelegte Entwurf möchte eine sachgerechte und systematische Diskussion beginnen mit dem Ziel, in einem zweiten Schritt zu einer gemeinsamen Sachauffassung und zu gemeinsamen Prioritäten zu gelangen. Dafür schlagen wir im Sinne der uns übertragenen Querschnittsfunktion eine klare Arbeitsstruktur vor, die dazu beitragen soll, gemeinsame Ziele und Prioritäten zu formulieren, und zu einer konsequenten, koordinierten und effizienten Umsetzung zu gelangen. Wir brauchen gemeinsame Standards und aufeinander abgestimmte Handlungsansätze, die im Dialog der Facheinrichtungen und der Stadtgesellschaft entwickelt werden sollen.

3.1. Hinweise zur Partizipationsphase

Unser Konzept heißt Dialog und Vernetzung: Mehr Begegnung der Menschen, mehr Kooperation der Fachleute und Initiativen. Unsere Ziele sind bessere Ergebnisse, ein wirkliches Miteinander. Daher wollen wir Vorschlägen und ihrer gemeinsamen Abwägung nicht einfach vorgreifen. Mit diesem Entwurf legen wir einen Leitfaden zur Diskussion vor. Erneut ist Frankfurt Vorreiter: Wir sind die erste deutsche Stadt, die Integration in dieser Weise öffentlich diskutiert. Denn Integration geht uns alle an. Wir müssen miteinander reden – offen, aber auch konzentriert und mit einem gemeinsamen Ziel.

Ausgangssituation

Integration bedeutet, ein gutes Zusammenleben zu gestalten. Dafür ist eine breite Beteiligung verschiedener Akteure und der Öffentlichkeit sinnvoll. In den letzten Jahren ist auch in der wissenschaftlichen Diskussion und in der Öffentlichkeit ein verstärktes Interesse an neueren Formen der politischen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auf der Kommunalebene zu beobachten. Dabei wird eine große Spannweite an verschiedenen Methoden und Verfahren erörtert.

Die Ergänzung des hier vorgelegten Entwurfs um eine öffentliche Diskussion folgt daher auch grundsätzlichen Erwägung von Bürgerbeteiligung an kommunaler Selbstverwaltung. In einer mehrmonatigen, von Dezernat und AmKA organisatorisch strukturierten und unterstützen Partizipationsphase soll die Möglichkeit eröffnet werden, Stellung zu dem hier vorgelegten Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzept zu nehmen.

Bei der Diskussion darüber liegt die Versuchung nahe, jeweils eine eigene Idealgesellschaft zu beschreiben. Der hier vorliegende Entwurf möchte auf die tatsächliche Spannweite der schon heute in Frankfurt vorhandenen Bevölkerungsgruppen, Überzeugungen, Erfahrungen und Lebensstile hinweisen und der notwendigen Diskussion nicht zuletzt durch strukturierte Sachinformation eine gemeinsame Grundlage geben. Es ist zu erwarten, dass in einer öffentlichen Partizipationsphase viele Erfahrungen geäußert werden, unterschiedliche Interessen zusammentreffen und entsprechend viele neue Forderungen auf den Tisch kommen. Daher ist es wichtig, die Vielfalt bestehender Ansätze zu berücksichtigen und Maßnahme und Akteure besser zu vernetzen.

Die Partizipationsphase wird mehrere Monate dauern und steht unter dem Motto „Vielfalt bewegt Frankfurt“: Die neue Wirklichkeit beschäftigt, bewegt viele Menschen in dieser Stadt; sie kann Frankfurt voranbringen, wenn es gelingt, auf den bestehenden Ansätzen eine koordinierte Integrations- und Diversitätspolitik aufzubauen und konsequent zu verfolgen. Dieser Entwick-

lungsprozess ist ein langfristiger und sollte jetzt gemeinsam und systematisch angegangen werden.

Die Diskussionsergebnisse sowohl der Bürgerbeteiligung über Internet als auch der Veranstaltungen werden im Frühjahr für eine Überarbeitung des vorliegenden Konzeptentwurfs ausgewertet.

Dialog der Stadtgesellschaft

Verschiedene öffentliche Veranstaltungen in den nächsten Monaten bieten der Stadtgesellschaft die Möglichkeit zur Information und Diskussion.

Um möglichst viele Erfahrungen und Vorschläge zu berücksichtigen, werden das Dezernat und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten in den kommenden Monaten in zahlreichen Arbeitsgruppen und Terminen, die auch Bestandteil der täglichen Arbeit sind, Grundannahmen, Leitsätze und Themen des hier vorliegenden Entwurfs vorstellen und besprechen. Institutionen der Stadtgesellschaft sind aufgefordert, sich mit Ideen und Anmerkungen zu beteiligen, die auch schriftlich eingereicht werden können.

Seitens des Dezernats und des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten werden die Ergebnisse der Veranstaltungen dokumentiert.

Bürgerbeteiligung über das Internet

Um Bevölkerung breit zu erreichen und einen einfachen, ständigen Zugang zu Information und Beteiligung wird eine eigene Website www.vielfaltbewegt-frankfurt.de eingerichtet, die umfassende und klare Information und die Möglichkeit zur Diskussion bietet. In Chatangeboten, wird das Dezernat auch persönlich auf Fragen eingehen.

Die Online-Phase wird von Dezernat und dem Presse- und Informationsamt in Kooperation mit der einer Agentur konzipiert und umgesetzt. In der Agentur steht in allen Online-Diskussionen ein unabhängiger Moderator zu Verfügung, der eine neutrale Auwertung von Beiträgen gewährleistet. Die Ergebnisse der e-Partizipation werden dokumentiert.

Dezernat und Presse- und Informationsamt setzen mit der Bürgerbeteiligung über das Internet einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Juni 2007 um, und werden über die Erfahrungen mit diesem ersten Pilotversuch in Frankfurt separat Bericht erstatten.

3.2. Nächste Schritte

Unser Konzept heißt: mehr Kooperation und Verbindlichkeit. Unser Ziel ist eine strategisch orientierte und vernetzte kommunale Integrationspolitik. Der hier vorgelegte Entwurf verfolgt daher mehrere Ziele: gemeinsam eine veränderte Realität anzuerkennen, auf bestehende und erfolgreiche Handlungsansätze hinzuweisen und erstmals eine Diskussion darüber anzustoßen, wie in den einzelnen, jedoch miteinander verknüpften Handlungsfelder systematisch und kooperativ weiter verfahren werden soll. Dieser Konzeptentwurf bietet einen gedanklichen Rahmen mit der Absicht, zu gemeinsamen Zielvorstellungen und Selbstverpflichtungen zu gelangen. Das Dezernat schlägt vor, auf der Grundlage dieses Integrationskonzeptes, nach seiner Verabschiedung durch die Stadtverordnetenversammlung, einen Handlungsplan zu erarbeiten, der zukünftig auch Grundlage für einen veränderten Integrations- und Diversitätsbericht als Umsetzungsbericht vereinbarter Ziele und Maßnahmen werden soll.

Ausgangssituation

Stadtgesellschaftliche Integration betrifft in vielfältiger Weise alle, die in der Stadt leben und arbeiten. Der ständige Wandel unserer Stadt, immer wieder neu ausgelöst durch Internationalisierung, Zuwanderung eine in hohem Maße ausdifferenzierte Bevölkerungsstruktur, die Mobilität und nicht zuletzt auch die Kreativität unserer Bürgerinnen und Bürger, bringt immer wieder neue Herausforderungen, aber auch Chancen mit sich. Integration ist daher als Querschnittsaufgabe für alle gesellschaftlichen Bereiche zu verstehen und betrifft die Arbeit aller Institutionen und Organisationen in der Stadt im öffentlichen, wie auch im privaten Bereich. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten steht seit seiner Gründung 1989 für dieses Verständnis von Integration als Querschnittsarbeit, wie es Frankfurt auszeichnet und für unsere Stadt typisch ist. Seit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Jahre 2005, wurde auch bundesweit eine Integrationspolitik angestoßen, zu deren Grundsätzen die Auffassung von Integration als Querschnittsaufgabe gehört.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit sowie eine stadtweite gute Kooperation und Vernetzung ist daher eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit aller Institutionen, Organisationen und Akteuren, die sich, oft jeder für sich, um die stadtgesellschaftliche Integration bemühen. In Frankfurt am Main konnte in den vergangenen Jahrzehnten bereits eine differenzierte Netzwerkstruktur aufgebaut werden. Damit existiert eine gute und ausbaufähige Grundlage für vielfältige Kooperationen. Viele gute Initiativen

könnten von einer engeren Zusammenarbeit mit anderen profitieren. Viele Fachämter kennen das Problem einer kaum mehr überschaubaren Detailfülle und Vielfalt von Ansätzen, Projekten und Einzelförderungen.

Gremien der städtischen Integrationspolitik sind auf der Ebene der Stadtverordnetenversammlung der Ausschuss für Bildung und Integration, auf der Ebene des Magistrats die Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration und auf der Ebene der Zuwanderer die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV), wobei EU-Bürgerinnen und Bürger zugleich in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind.

Innerhalb der Stadtverwaltung und in Kooperation mit stadtnahen und freien Trägern gibt es in Frankfurt bereits eine Vielzahl von Netzwerken und Arbeitskreisen unterschiedlicher Träger, wie z.B. der Arbeitskreis ‚Migration und Gesundheit‘, die ‚Arbeitsgruppe Soziale Lage für Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus‘, die ‚Arbeitsgruppe Jugend und Prävention‘, das ‚Interkulturelle Frauennetzwerk‘, das ‚Netzwerk Jugend und Arbeit‘, den ‚Rat der Religionen‘, den ‚Organisationskreis der Interkulturellen Wochen‘ sowie Stadtteilarbeitskreise, den Präventionsrat und seine Regionalräte.

Für die weitere Entwicklung der Frankfurter Integrationspolitik schlägt das Dezernat folgendes Vorgehen vor:

Erarbeitung eines Handlungsplans

Auf der Grundlage des Integrations- und Diversitätskonzepts als Rahmen-dokument soll ein detaillierter Handlungsplans erarbeitet werden, der konkrete Zielvereinbarungen, Handlungsansätze und Leitprojekte für einzelne Aktionsfelder verbindlich beschreibt.

Mit der Vereinbarung von Zielsetzungen und Handlungsansätzen und mit der Festlegung von Leitprojekten für den Handlungsplan konkretisieren und operationalisieren die städtischen Fachressorts die strategischen Leitlinien des Integrations- und Diversitätskonzepts für ihre weitere Arbeit. Dabei besteht auch Gelegenheit, bestehende Handlungsansätze, Maßnahmen, Projekte und Strukturen kritisch zu überprüfen, anzupassen und neu zu entwickeln. Der vom Dezernat vorgeschlagene Handlungsplan kann nur als ressort- und institutionenübergreifendes Gemeinschaftsprodukt entstehen. Das Fachwissen und die jeweiligen Praxiserfahrungen der Ressorts sind dabei genauso unabdingbar wie ihre Kooperation miteinander und die gute Koordination des Gesamtprozesses. Organisatorische Voraussetzung für die Erarbeitung eines Handlungsplans und für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Integrations- und Diversitätskonzepts ist der Aufbau einer differenzierten Gremien- und Netzwerkstruktur.

Die Erarbeitung – und in den Folgejahren regelmäßige Überprüfung – eines fachlich abgestimmten Handlungsplans bietet außerdem einen sachlichen Rahmen, um die in diesem Konzept thematisierte Vernetzungspolitik unterschiedlicher Frankfurter Milieus zu einem Querschnittsthema für alle Ämter und städtischen Institutionen zu machen. Das Dezernat legt Wert darauf, auch alle organisierten und nichtorganisierten Akteure der Stadtgesellschaft zur Mitarbeit einzuladen, im Sinne einer gemeinsamen Selbstverwaltung aller Bürgerinnen und Bürger.

Gremien- und Netzwerkstruktur

In der Stadt arbeiten bereits zahlreiche Arbeitsgruppen erfolgreich, jedoch z.T. unregelmäßig und unabhängig voneinander. Ziel sollte es sein, die gegenwärtige Situation zu den Zwecken einer gesamtstädtischen Integrationspolitik zu einer systematischen Struktur zusammenzufassen, die bei unterschiedlichen Handlungsansätzen im Einzelnen (im Sinne einer modernen Diversitätspolitik) parallelen Grundüberlegungen folgt, eine höhere Verbindlichkeit hat, Doppelstrukturen vermeidet und darauf ausgerichtet ist, der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig valide Informationen zu liefern, sowohl zu neuen Sachlagen wie auch zur Umsetzung des beschlossenen Handlungsplanes. Dieser Vorschlag erfolgt im Zusammenhang mit einem neu aufzubauendem Integrationsmonitoring und einer neu konzipierten Berichterstattung, wie sie von der Stadtverordnetenversammlung als Ziel beschlossen wurden.

Steuerungsgruppen der Stadtverwaltung

Das Dezernat schlägt die Einrichtung von Steuerungsgruppen der Stadtverwaltung vor, welche die Ausarbeitung eines integrationspolitischen Handlungsplans begleiten und vorantreiben. Eine wenigstens zweimonatliche Frequenz scheint anfangs sinnvoll, um Aktivitäten, Programme und Maßnahmen zu sichten, Vorschläge zu sammeln und zu Handlungszielen und ggf. Leitprojekten zu konkretisieren. Mittel- und langfristig wird sich die Aufgabe der Steuerungsgruppen dahingehend verändern, in veränderter Frequenz, den städtischen Handlungsplan regelmäßig koordiniert zu aktualisieren. Das Dezernat rechnet damit, die Frequenz, entsprechend zu verringern. Das AmkA leistet die Dokumentation und Koordination der Steuerungsgruppen in Rücksprache mit den jeweils zuständigen Fachämtern.

Leitungsrunde der Amtsleiterinnen und Amtsleiter

Um die nötige Abstimmung und Verbindlichkeit der von den Steuerungsgruppen erarbeiteten Handlungsvorschlägen sicherzustellen, scheint eine Leitungsrunde der Amtsleitungen sinnvoll, die anfangs zweimal jährlich tagen sollte. Das Dezernat schlägt vor, die Ergebnisse der Leitungsrunde zur Grundlage eines jährlichen Berichts an die Stadtverordnetenversammlung zu nehmen. Das AmkA übernimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle in der Vor- und Nachbereitung.

Mitwirkung der Stadtgesellschaft

Mit der Vorlage dieses Entwurfes zu einem Integrations- und Diversitätskonzept möchte das Dezernat einen stadtweiten Prozess anstoßen, der idealerweise alle in der Stadt aktiven Institutionen, auch nichtorganisierte Akteure sowie die allgemeine Öffentlichkeit einbezieht. Er ist an vielen Orten und in unterschiedlichen Zusammenhängen zu gestalten. Das Dezernat schlägt vor, den Anlass zu nutzen, um den Kreis der an integrationspolitischen Diskussionen Beteiligten zu erweitern und neue Formen zu entwickeln, die geeignet sind, Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit produktiv ins Gespräch zu bringen. Das Dezernat möchte dabei Vorschlägen folgen, in verschiedenen Arbeitskreisen verschiedene Lebenslagen und Interessen zu berücksichtigen mit dem Ziel, sie im städtischen Handlungsplan auf geeignete Weise widerzuspiegeln. Umgekehrt sollte sichergestellt werden,

dass öffentliche Fördergelder im Sinne des städtischen Integrations- und Diversitätskonzepts verausgabt werden. Eine eigene, separate Beteiligung von Migrantenorganisationen erscheint nur als zweitbeste Lösung, insoweit quer durch alle kulturellen Gruppen und Milieus – ob ‚mit‘ oder ‚ohne‘ Migrationshintergrund – sich Anliegen und Lebenssituationen ähneln.

Das Dezernat erachtet den Dialog in den Stadtteilen als besonders wichtig – nicht nur für eine geeignete sozialräumliche Umsetzung, Anpassung und Weiterentwicklung von Handlungszielen, sondern als Möglichkeit, den Anspruch einer querschnittshaft angelegten Integrationspolitik lebensnah gestalten und im kleinen Raum modellhaft zu erproben. Dafür scheinen Stadtteilkonferenzen mit den Ortsbeiräten, den Arbeitskreisen und den Netzwerken vor Ort (Stadtteilarbeitskreise, Regionalräte, etc.) sowie themenzentrierte Bürgerforen als geeignete Mittel, deren Koordination und Auswertung das AmkA zu übernehmen hat.

Es empfiehlt sich, die Ressourcen der Wissenschaftsstadt Frankfurt am Main mit ihrer Vielzahl von Hochschulen, Einrichtungen und Instituten zu nutzen. Das Dezernat empfiehlt daher, ein Wissenschaftsnetzwerk ins Leben zu rufen, das geeignet ist, die Frankfurter Stadtentwicklung und die Umsetzung und Weiterentwicklung des Integrations- und Diversitätskonzepts beratend zu begleiten.

Als zentrales Forum schlägt das Dezernat die Einrichtung eines jährlichen Dialogtages vor, an dem Vertreter von Politik und Verwaltung, die Freien Träger, Verbände, Vereine und bürgerschaftlichen Initiativen über Handlungsziele, Selbstverpflichtungen, Erfolge und Erfahrungen in der Umsetzung informieren.

Dem Anspruch Frankfurts folgend, ein Schrittmacher der Integrationspolitik zu sein, und zur Aufnahme internationaler Entwicklungen und Standards empfiehlt das Dezernat eine zweijährliche internationale Fachkonferenz für Experten und die städtische Öffentlichkeit.

Amt für multikulturelle Angelegenheiten

Im Sinne der ihm zugewiesenen koordinierenden Querschnittsfunktion und einer Umsetzung der von der Stadt unterzeichneten ‚Charta der Vielfalt‘ übernehmen das Dezernat und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten weiterhin die Steuerungsfunktion der kommunalen Integration und leisten die erforderliche Unterstützung. Zu den Aufgaben des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten gehören in diesem Zusammenhang:

- Koordination der Umsetzung und Fortschreibung des Integrations- und Diversitätskonzepts sowohl durch die Fachämter und städtischen Einrichtungen als auch stadtweit.
- Koordination der Erstellung eines Handlungsplans.
- Unterstützung der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Stadtverwaltung sowie des Diversitätsmanagements als Querschnittspolitik.
- Koordination und Herausgabe des Integrations- und Diversitätsberichtes als Umsetzungsbericht für Konzept und Handlungsplan.

- Umsetzung des Frankfurter Monitorings „Integration und Vielfalt messen“ zusammen mit dem Bürgeramt für Statistik und Wahlen und in Kooperation mit weiteren Fachämtern.
- Vernetzung zwischen Verwaltung, Verbänden, Institutionen und Stadtgesellschaft und Beratung der Fachämter, Verbände und Institutionen bei der Umsetzung des Integrations- und Diversitätskonzepts.
- Entwicklung von Konzepten und Praxisinitiativen, Organisation von Fachtagungen, Hearings und kulturellen Veranstaltungen, Initiierung und Begleitung von Studien.
- Ansprechpartner der Auftraggeber des Bundes für Migration und des BAMF u.a. für das bundesweite Integrationsprogramm und die Integrationskurse.
- Antidiskriminierungsstelle der Stadt Frankfurt am Main.
- Querschnittsarbeit, Fachberatung, Fortbildungen, Thematische Tagungen.
- Projektentwicklung und Projektorganisation.
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Integrationsberichterstattung und Monitoring

Die vorgeschlagene Arbeitsstruktur dient der systematischen und kooperativen Erarbeitung eines gemeinsamen Handlungsplans und seiner konzentrierten Umsetzung. Sie umfasst dabei auch – im Sinne des Verständnisses von Integration und Diversitätsmanagement als ressortübergreifender Querschnittsaufgabe – die Dokumentation und Auswertung der kommunalen Angebote und Aktivitäten und der kommunalen Förderung in den Bereichen Integration und Diversität.

Integrationsberichterstattung als Umsetzungsberichterstattung

Das Dezernat schlägt vor, die Integrationsberichterstattung zukünftig als Umsetzungsberichterstattung auf der Grundlage eines verabschiedeten Integrations- und Diversitätskonzepts an den Zielen des gemeinsam erarbeiteten Handlungsplans auszurichten. Dabei erscheint ein dreijähriger Turnus als sachlich angemessen. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten hat weiterhin die federführende Verantwortung für die Vorlage der Umsetzungsberichterstattung an die Stadtverordnetenversammlung. Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe begleitet und berät die Berichtserstellung und die kontinuierliche Weiterentwicklung des Berichtswesens. Darüber hinaus sollte es das Ziel sein, Integration und Umgang mit Diversität als Querschnittsaufgabe auch in den jeweiligen Berichtserstattungen der Dezernate und Fachämter systematisch zu berücksichtigen. Die vorgeschlagene Arbeitsstruktur ist geeignet, dies in der Fachkooperation der zuständigen Ressorts sicherzustellen.

Integrationsmonitoring

Integrations- und Diversitätsmonitoring ist ein Instrument, das Politik und Verwaltung grundlegende Informationen und Hinweise zur Ausgestaltung von Integrationspolitik an die Hand geben kann. Innerhalb bestimmter Handlungsfelder werden Indikatoren gebildet, denen statistische Daten zu-

grunde liegen. Diese müssen regelmäßig erhoben und ausgewertet werden, damit es möglich wird, mittel- bis langfristig Aussagen über Veränderungen zu treffen. Im Bezug auf die Erarbeitung und Implementierung eines Integrations- und Diversitätsmonitorings auf kommunaler Ebene liegen in Deutschland bislang noch wenig Erfahrungen vor. Abweichende datenrechtliche und statistische Voraussetzungen in anderen Ländern erschweren die Übertragung dortiger Erfahrungen erheblich. Ein vom AmkA vorgelegter erster Entwurf für ein nach Themenfeldern geordnetes Indikatorenset wurde im Herbst 2009 von der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Damit ein zielorientiertes Monitoring erfolgen kann, sieht dieser Entwurf vor, das zukünftige Monitoring nach der Verabschiedung des Integrations- und Diversitätskonzepts an die darin formulierten städtischen Leitlinien anzupassen und danach erstmals umzusetzen.

Das Dezernat schlägt vor, das Frankfurter Monitoringkonzept „Integration und Vielfalt messen“ als Teil der zukünftigen Berichterstattung umzusetzen. Bei einem dreijährigen Turnus der Berichterstattung erscheint ein jährliches Monitoring als ein sehr ambitioniertes, jedoch sinnvolles Ziel. Die Entwicklung und Umsetzung eines Monitorings ist eine sehr komplexe Aufgabe, die in hohem Maße der ämterübergreifenden und interdisziplinären Zusammenarbeit bedarf, wie sie in der vorgeschlagenen Arbeitsstruktur erfolgen könnte. Nicht nur bei der Beratung und Auswahl von Indikatoren ist dem Bürgeramt für Statistik und Wahlen und dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten gerade auch das Spezialwissen der jeweiligen Fachressorts gefragt. Auch bei der Informationsgewinnung ist eine gute Zusammenarbeit erforderlich. Einige Ämter und Einrichtungen erheben selbst Daten, die für das Monitoring von großem Interesse sein können, jedoch erst zusammengeführt und ggf. auch angepasst werden müssten. Die notwendige Kooperation beschränkt sich dabei nicht nur auf die kommunale Ebene, sondern bedarf auch der Zusammenarbeit mit Behörden des Landes und des Bundes. Nicht zuletzt bedarf es auch für die Interpretation der regelmäßig erhobenen Daten und der im Indikatorenset verfolgbaren Veränderungen einer institutionalisierten ämterübergreifenden Kooperation.

An vielen Stellen des hier vorgelegten Entwurfs wurde bereits darauf hingewiesen, dass die bestehenden Datenlücken noch erheblich und nicht kurzfristig zu schließen sind. Das bezieht sich nicht nur auf fehlende Erhebungen nach dem in der öffentlichen Diskussion prominent gewordenem Merkmal „Migrationshintergrund“. Für eine ganze Reihe von Indikatoren in integrationsrelevanten Handlungsbereichen liegen keine regelmäßig erhobenen Zahlen vor. Es besteht weiterhin Handlungsbedarf in der Verbesserung und Vereinheitlichung von statistischen Erhebungen und Auswertungen in allen angesprochenen Handlungsfeldern sowie nicht zuletzt in der sozialräumlichen Aufbereitung von Daten für die Stadtteile. Dabei sind auch die rechtlichen Möglichkeiten für eine Datenerhebung zu beachten. In Einzelfällen ist eine Datenerhebung auf freiwilliger Basis derzeit die einzige Möglichkeit.

Die Einrichtung eines kommunalen Integrations- und Diversitätsmonitoring, wie es gegenwärtig vorbereitet wird, wird von vielen Seiten empfohlen. Das Dezernat weist jedoch nachdrücklich darauf hin, dass die in einem Integrationsmonitoring erhobenen Zahlen grundsätzlich keine Aussagen über Erfolg oder Misserfolg einzelner Maßnahmen oder Projekte liefern und auch

nicht einen insgesamt erreichten Stand der Integration abbilden können. Für die operative Steuerung oder auch Priorisierung von Handlungsfeldern bedürfen sie stets einer kontextabhängigen Bewertung, die im Rahmen einer neuen Integrationsberichterstattung erfolgen soll und ggf. weitere Analysen und Evaluationen umfassen kann. Es ist zu erwarten, dass ein aussagekräftiges Monitoring neue Fragen aufwirft, die ergänzender und vertiefender Studien bedürfen.

Strategische Studien

Viele integrationspolitisch relevante Sachverhalte lassen sich nicht allein in Kennziffern messen oder beurteilen. Zu ihrer Auswertung sind in den meisten Fällen weitere Untersuchungen erforderlich, die nicht zuletzt auch Handlungsspielräume kommunaler Politik berücksichtigen. Von Beginn an gehört die Erstellung von qualitativen wie quantitativen Studien und Gutachten zum Aufgabenbereich des AmkA. Zu diesem Zweck kooperiert das AmkA mit einer Vielzahl von Wissenschaftlern, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten aus dem In- und Ausland. Die Mitgliedschaft in internationalen Gremien und Netzwerken dient nicht nur der gegenseitigen Information sondern auch der vergleichenden Expertise. In der Untersuchung von Integration und Diversität steht Frankfurt in Deutschland und im internationalen Vergleich in der ersten Reihe. Im Jahr 2001 erschien mit der „Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main“ die bundesweit erste Studie, die den Stand der Integration anhand von bestimmten Indikatoren darstellte. Mittlerweile gilt eine verlässliche Datengrundlage allgemein als unerlässlich für die Ausgestaltung und Weiterentwicklung einer zielorientierten Integrations- und Diversitätspolitik. In diesem Sinne wurde 2008 die umfangreiche Integrationsstudie von 2001 methodisch unverändert fortgeschrieben und aktualisiert. Damit verfügt Frankfurt bundesweit über die erste Langzeitbeobachtung. In jüngster Zeit entstanden eine Reihe neuer Studien im Rahmen des internationalen Städtenetzwerkes CLIP (vgl. S. 219) im Bereich Wohnen sowie über die städtische Diversitätspolitik bei Beschäftigung und Dienstleistung. Derzeit wird die dritte CLIP-Fallstudie über Interkulturelle Beziehungen und Interkulturellen Dialog vorbereitet.

Das Dezernat weist darauf hin, dass neue Entwicklungen, Fragestellungen oder politische Prioritäten auch in Zukunft die Erarbeitung von Studien und Gutachten notwendig machen. Qualifizierte Bedarfserhebungen als Grundlage der Politikgestaltung wie auch für die Evaluation von Maßnahmen bleiben Zukunftsaufgaben für eine strategisch orientierte Integrationspolitik. Der Nationale Integrationsplan benennt als einige besondere Anforderungen an die Forschung u.a.:

- die Untersuchung der vielfältigen sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen, von denen die Chancen der sozialstrukturellen Partizipation von Migrantinnen und Migranten abhängen unter Berücksichtigung der Wechselwirkung verschiedener Faktoren;
- die Untersuchung von Integrationsverläufen und Veränderungsprozessen der Einwanderungsgesellschaft als Langzeitentwicklungen und als intergenerative Kultur- und Sozialprozesse;

Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts

- die vergleichende Untersuchung der Eigendynamik von Integrationsprozessen und Ergebnissen politischer Maßnahmen zur Förderung struktureller Integration;
- die Untersuchung der empirisch fassbaren Wirklichkeit und der „Normallagen“ von Integration unter Abkehr von der noch üblichen ‚Defizitperspektive‘.

Für ein vertieftes Verständnis der spezifischen Frankfurter Situation empfiehlt das Dezernat auf der Grundlage des hier vorgelegten Entwurfs vertiefende Untersuchungen u.a. zu folgenden Themen:

- Vielfalt und Dynamik der Frankfurter Bevölkerung: Interne Diversität und Ausdifferenzierung von Milieus;
- Transnationale Ökonomie abseits der Global City: Ressourcen und Probleme;
- Transnationale und gemischte Netzwerke und Milieus in Frankfurt-Rhein-Main: Orte und Entstehungsbedingungen;
- Zuwanderung, Abwanderung und lokale Integration hochqualifizierter internationaler Fachkräfte: Entwicklungen und interne Differenzen;
- Unterschiedliche Interessen und Bedarfe von Zielgruppen: Überprüfung bestehender und Entwicklung neuer Maßnahmen;
- Entstehung neuer ‚kosmopolitischer‘ Mittelschichten und sozialer Segregation: Rahmenbedingungen und stadträumliche Verteilung;
- Sozialräumliche Studien zu allen genannten Themen.

Frankfurt am Main ist ein internationaler Standort für Wissenschaft, Forschung und Lehre mit einer Vielzahl von Hochschulen, Einrichtungen und Instituten. Die größten Lehr- und Forschungsinstitutionen sind die Goethe-Universität und die Fachhochschule. Einen ebenfalls internationalen Ruf haben die in der Stadt und in der Region ansässigen Konservatorien und Kunsthochschulen. Internationale Kooperationen und internationaler Austausch sind genauso Produktionsbedingungen für die wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen und die Kreativität dieser Einrichtungen wie die internationale Zusammensetzung der Professoren- und Studentenschaften, letztere mit einem steigenden Anteil von inländischen Studierenden mit Migrationshintergrund. Entwicklungen und Aspekte von Einwanderungsgesellschaft, Internationalisierung, Interkulturalität und Transkulturalität sind Themen, die Lehrende und Studierende, forschend und künstlerisch Tätige beschäftigen und zu denen Erforschung sie wichtige Ergebnisse beitragen. Auch Ihren intellektuellen und künstlerischen Beiträgen und ihrer Partizipation an der städtischen Öffentlichkeit und Kultur verdankt Frankfurt am Main seine Charakterisierung als kosmopolitische und anregende Stadt.

Das Dezernat schlägt vor, die weitere Entwicklung eines Frankfurter Integrations- und Diversitätskonzepts, dessen hier vorgelegter Entwurf strategisch auf Frankfurt als ‚Netzwerkstadt‘ setzt, als Gelegenheit zu nutzen, ein Wissenschaftsnetzwerk ins Leben zu rufen. Das Dezernat sieht in einem solchen Gremium einen geeigneten Ort des Austauschs und der Kooperation, um die weitere Entwicklung unserer Stadt und unserer Integrationspolitik beobachtend und analysierend zu begleiten.